

Aufzeichnung über ein Gespräch mit Staatssekretär v. Bülow am
1. Juli 1931

Ich setzte Folgendes Bülow auseinander: Im Jahre 1922 war es eine Lebensfrage für unser Gesamtinstitut, dass der Posten des Generalsekretärs mit einer Kraft besetzt wurde, die sowohl als Gelehrter wie als Organisator ersten Ranges sei. Ich habe damals die mir angetragene Wahl abgelehnt und dahin gewirkt, dass Rodenwaldt der Posten übertragen wurde, für den er sich, wie kein Anderer als geeignet erwiesen hat. Ohne jede Uebertreibung kann man sagen, dass er das Gesamtinstitut gerettet hat. Weit über seine unmittelbaren Pflichten hinaus haben er und ganz besonders auch seine Frau in den schwierigsten Zeiten und unter den schwierigsten Umständen sich ganz der Sache des Institutes gewidmet, man kann sogar sagen geopfert: denn was Frau Rodenwaldt in einer vier Stockwerke hohen Wohnung mit unzureichendem Dienstboten an Gastfreundschaft geleistet hat, ist schlechthin bewundernswert. Früher hat es nichts derart gegeben. Und es war dies auch weniger wichtig, weil unsere Institute im Verborgenen blühten. Seit 1920 aber hat die Bedeutung, welche im internationalen Leben und besonders im Völkerbund der Archäologie zugeschrieben wird, dermassen zugenommen, dass diese Wissenschaft plötzlich zu einem wichtigen kulturpolitischen Faktor geworden ist. Für Deutschland ist die Bedeutung dieses Faktors bei unserer sonstigen Machtlosigkeit noch grösser als für andere Länder. Rodenwaldts Werk ist es vor Allem gewesen, dass das Institut in seinen 5 Zweigstellen nummehr das ganze Gebiet der Altertumswissenschaft so umfasst, wie es für kein anderes Land der Fall ist. 6 Jahre lang hat R. kein Wort über seine schwierige finanzielle Lage verloren, während er für die anderen Beamten des Instituts kämpfte, blieb er selbst in fast dürftigen Verhältnissen, und die Gesundheit seiner Frau und seines Kindes waren geradezu in Gefahr. Zufällig wurden ihm im Laufe des einen Jahres 1928 drei der hervorragendsten und finanziell günstigsten und menschlich angenehmsten Posten angeboten: die Professuren in Bonn und Heidelberg (ausserdem auch die in Leipzig) und die Leitung des römischen Institutes. Die C.D. war sich bewusst, wie verhängnisvoll es für das Institut sein würde, wenn R. das Generalsekretariat niederlegte. Anderseits hatte er es 1922 nur mit dem Vorbehalt angenommen, dass er in absehbarer Zeit wieder in die akademische Laufbahn zurückkehren wolle. Dies ist sehr verständlich, denn das Generalsekretariat ist der unangenehmste Posten, den es in der Archäologie überhaupt gibt. Man kann dies ersehen, wenn man etwa eine Botschaft mit dem Posten des Ministers des Ausseren vergleicht. Bei aller Freundschaft für R. mussten wir bestrebt sein, ihn weiter als Generalsekretär zu behalten. Bei dieser Gelegenheit wurde uns erst seine ungünstige finanzielle Lage bekannt, und im Namen der C.D. setzte sich Wilamowitz und Eduard Meyer beim Minister des Ausseren für eine Erhöhung seiner Bezüge ein. um 7000 M. ein. Dieser Zuschuss liess R. noch immer wesentlich schlechter gestellt sein als etwa den Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt, dessen Posten man am ehesten mit dem seinen vergleichen kann. Der Zuschuss ermöglichte R. lediglich, ein Haus zu beziehen, das die Gesundheit seiner Frau und seines Kindes durch die freie Lage und Garten nach menschlicher Ermessen gewährleisten konnte. Der Zuschuss wurde aus dem Geheimfonds auf Grund bindender Abmachungen des Ministerialdirektors Schneider bewilligt. Ich bin mit Wilamowitz und Eduard Meyer besonders stark dabei beteiligt gewesen, R. zum Bleiben zu bewegen und fühle mich deshalb auch besonders verantwortlich. Im Übrigen ist es vor Allem R's altpreußische Pflichttreue, die ihn zu dem Verzicht auf die lockendsten Posten bewogen hat.

Nun wird von dem neuen Ministerialdirektor Köster die Zusage seines Vorgängers einfach bei Seite geschoben, weil der Geheimfonds nur für politische Zwecke verwendet werden dürfe. Nach dem vorher Gesagten liegt es auf der Hand, dass man ohne Schwierigkeiten R's Posten als einen politisch wichtigen bezeichnen kann. Köster hat vorgeschlagen, den Zuschuss an R. statt ~~xxxxx~~ aus dem geheimen Fonds des Auswärtigen Amtes aus dem Fonds des Reichsinnenministeriums für Gelehrte zu decken. Dazu ist ein Beschluss des Reichskabinetts erforderlich. Soviel ich weiß, hat Köster in seinem Schreiben an das Reichinnenministerium nichts davon gesagt, dass es sich hier um einen vertraglich verbrieften Anspruch E's handelt, sondern nur ganz allgemein den Antrag gestellt, dass jener Zuschuss aus dem erwähnten Fonds gedeckt werde. Daraufhin würde selbstverständlich bei der heutigen Finanzlage eine glatte Ablehnung durch das Kabinett erfolgen.

Ich bin mit lebhafter Besorgnis hierher gekommen, weil ich befürchten musste, dass R. verärgert und enttäuscht, seinen Posten niedergelegt, denn er braucht nur ein Wort zu sagen, um auf die sehr angenehme Professur in Frankfurt unter günstigen Bedingungen berufen zu werden. Zu meiner Beruhigung fand ich ihn entschlossen, dies nicht zu tun, sondern auf seinem dornenvollen Posten ~~zu~~ verbleiben. Er kann aber gar nicht anders als den ihm zugesicherten Zuschuss zu fordern und mit allen möglichen Mitteln zu erstreben, da es sich hier tatsächlich um die Gesundheit seiner Familie handelt. Und ebenso haben wir, die für seinen Entschluss verantwortlich sind, die Pflicht, mit allen Mitteln dahin zu wirken. Es kann nicht schwer sein, eine Lösung zu finden, entweder indem man den Zuschuss weiter aus dem Geheimfonds des AA. zahlt oder indem man dem Kabinett die besondere Sachlage so klar macht, dass es eine Bewilligung aus dem Fonds für Gelehrte beim Reichsinnenministerium beschliesst. Auch damit wäre R. einverstanden. Etwas unerträglich ist der jetzige Zustand, bei dem der Zuschuss entgegen früherer Vereinbarung ~~xxx~~ mit monatelanger Verspätung ausbezahlt wird, sodass R. gar keinen Überblick über seine Finanzlage hat und in die grössten Schwierigkeiten gerät, da er kein Vermögen besitzt. Ich bat schliesslich Bülow aufs Dringlichste sich der Sache auch persönlich anzunehmen. Er erwiderte, dass er den Fall nach meiner plastischen Darstellung begriffen habe und erbat sich R's Aufzeichnung, um die Angelegenheit weiter zuverfolgen. Er hat dann auch schon am nächsten Tage Freitag zu einer Besprechung gebeten, über deren Ergebnis ich allerdings noch nichts weiß.